

Debattenpapier des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen



Ein moderner Staat beginnt in den Kommunen

Berlin, 02. Dezember 2024

Die Debatte über eine zukunftsfähige Verwaltung und einen modernen Staat ist in vollem Gange. Aktuelle Impulse wie Ralph Brinkhaus' „100 Vorschläge für den Neustaat“, Malte Spitz und Tarek Al-Wazirs „Ein Staat für Alle – ein Staat, der einfach funktioniert“ sowie Fedor Ruhoses „Deutschland modernisieren“ setzen richtungsweisende Schwerpunkte. Sie adressieren die dringenden Herausforderungen unserer Zeit: die Digitalisierung der Verwaltung, die Überwindung von Silostrukturen und eine klare Kompetenzverteilung im föderalen System.

Diese Ansätze betonen häufig zentrale Steuerung durch neue Institutionen oder engere Vernetzung. Ihre Zielsetzung ist klar: ein handlungsfähiger Staat, der effizienter arbeitet, ohne die Prinzipien des Rechtsstaats zu gefährden. Doch eine entscheidende Ebene bleibt dabei oft wenig beachtet: die Kommunen.

Dabei sind die Kommunen nicht weniger als das Fundament des Staates! Sie sind essenziell für die Funktionsfähigkeit eines modernen, bürgernahen Staates. Dennoch sind Kommunen in der deutschen Verwaltungsarchitektur unzureichend vertreten und oft finanziell sowie organisatorisch überfordert. Eine echte Modernisierung des Staates muss bei den Kommunen beginnen, denn sie sind Schlüsselfaktoren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die demokratische Stabilität. Hier liegt der Schlüssel zu der geforderten Transformation, die Staat und Verwaltung nicht nur effizienter, sondern auch bürgernäher und zukunftsfähiger macht.

Es ist Zeit, die Kommunen als Ausgangspunkt der angestrebten Reform in den Mittelpunkt zu stellen.

Kommunen als Schlüsselakteure eines modernen Staates

Demokratische Verankerung vor Ort

Kommunen sind die Ebene, auf der demokratische Teilhabe am unmittelbarsten erlebbar ist. Sie bieten Bürgerinnen die Möglichkeit, Politik aktiv mitzugestalten, sei es durch Bürgerversammlungen, kommunale Bürgerbegehren oder direkte Interaktion mit gewählten Vertreterinnen. Ohne starke Kommunen verliert die Demokratie an Legitimation, da Bürger*innen Vertrauen in ihre Handlungsfähigkeit und Problemlösungskompetenz verlieren.

Direkte Umsetzung staatlicher Aufgaben

Kommunen setzen wesentliche staatliche Leistungen um: Kitas, Schulen, Sozialhilfe, Infrastruktur, Wohnungsbau und Katastrophenschutz. Ihr Erfolg oder Scheitern in diesen Bereichen prägt das Bild des Staates in der Bevölkerung. Die Modernisierung des Staates ist nur möglich, wenn diese Aufgaben effizient und bürgernah erfüllt werden können.

Transformation und Innovation

Kommunen sind Labore für innovative Ansätze, sei es in der Digitalisierung, im Klimaschutz oder bei der sozialen Integration. Sie haben das Potenzial, Vorreiter für staatliche Transformationen zu sein, benötigen dafür aber mehr Freiräume und Ressourcen.

Unsere Vision ist ein handlungsfähiger, bürgernaher Staat, der Vertrauen schafft und als verlässlicher Partner wahrgenommen wird. Dieses Vertrauen entsteht nicht im abstrakten Verwaltungsapparat, sondern vor Ort in den Kommunen.

Dafür bedarf es einer Modernisierungsagenda, die Prozesse für Bürger*innen, Unternehmen und Verwaltungen gleichermaßen verbessert. Die Probleme des 21. Jahrhunderts lassen sich nicht mit den Strukturen des 19. Jahrhunderts lösen.

Ein starker und effektiver Staat der Zukunft muss sich auf neue Grundlagen stützen, die aus einer tiefgreifenden Modernisierung von Verwaltung und Strukturen hervorgehen. Dabei spielen die Kommunen und die kommunale Selbstverwaltung eine Schlüsselrolle, da sie das Potenzial haben, Verwaltungstransformation von unten heraus voranzutreiben. Kommunen sind nicht nur Verwaltungsinstanzen, sondern die Motoren von Innovation und Transformation. Um ihrer Rolle gerecht zu werden, benötigen sie gezielte finanzielle und strukturelle Unterstützung.

Herausforderungen für Kommunen in einem modernen Staat

Mangelnde finanzielle Ausstattung Kommunen kämpfen mit strukturellen Haushaltsdefiziten. Sie sind auf Zuweisungen von Bund und Ländern angewiesen, die oft nicht ausreichen, um Pflichtaufgaben zu erfüllen.

Beispiele:

- Unzureichende Mittel für den Ausbau von Kitas trotz des Rechtsanspruchs auf Betreuung.
- Finanzierungslücken bei der Instandhaltung von Schulen und Straße

Unzureichende Mitsprache bei der Gesetzgebung

Während Bund und Länder Kammern wie Bundestag und Bundesrat haben, fehlt den Kommunen ein strukturiertes Mitspracherecht bei der Gesetzgebung. Neue Gesetze, wie das Kita-Ausbaugesetz, werden oft beschlossen, ohne die finanziellen und organisatorischen Auswirkungen auf die Kommunen ausreichend zu berücksichtigen.

Überregulierung und Bürokratie

Kommunen sind häufig durch bürokratische Vorgaben in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Komplexe Fördermittelanträge oder aufwendige Berichtspflichten binden Ressourcen, die besser in die Umsetzung lokaler Projekte fließen könnten.

Transformation statt bloßer Effizienzsteigerung

Von einem Abbau unnötiger Bürokratie profitieren nicht nur die Menschen und die Wirtschaft in unserem Land, sondern auch die Mitarbeitenden in der Verwaltung, die dadurch mehr Zeit für ihre Kernaufgaben und den Dialog mit Bürger*innen haben sollen.

Aber Bürokratieabbau ist kein Selbstzweck. Bürokratie ist vor allem ein Kernbestandteil unseres Rechtsstaats, der Verlässlichkeit und Gleichheit vor dem Gesetz garantiert. Bei der nötigen Verwaltungsmodernisierung ist entscheidend, dass Kommunen rechtssichere Rahmenbedingungen und innovative Werkzeuge haben, um effizient arbeiten zu können und um ihre Aufgaben effizient zu erfüllen.

Die Digitalisierung bietet enorme Chancen, die Verwaltung effizienter und bürgernaher zu gestalten. Dabei geht es nicht nur um den Einsatz neuer Technologien, sondern auch um eine grundsätzliche Veränderung der Arbeitsweise und der Kommunikation in der Verwaltung. Eine moderne, digitale Verwaltung muss auch Garant für Bürgernähe durch digitale Partizipation sein. Eine wichtige Voraussetzung ist, dass die Bürger*innen aktiv in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. Digitale Bürgerforen, E-Petitionen und die Möglichkeit, Verwaltungsanliegen online einzureichen, fördern die Bürgerbeteiligung und stärken das Vertrauen in die Verwaltung.

Hierbei darf es nicht bei punktuellen Lösungen bleiben. Die umfassende Digitalisierung der Verwaltung, einschließlich des Einsatzes von KI, muss flächendeckend und zügig vorangetrieben werden. Durch die Einführung standardisierter Prozesse können fehleranfällige oder unnötig komplexe Abläufe vereinfacht werden, ohne die Qualität zu beeinträchtigen.

Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass der Abbau bürokratischer Hürden nicht die Rechtskonformität und Effizienz in der Verwaltung gefährden darf. Dies ist nicht nur essenziell für eine funktionierende Wirtschaft, sondern auch für das Vertrauen der Bürger*innen in die Demokratie.

Staatliche Steuerung und kommunale Verantwortung

Die Zukunftsfähigkeit des Staates hängt von einer neuen Balance zwischen zentraler Steuerung und kommunaler Verantwortung ab. Während eine stärkere Koordinierung auf Bundesebene, ob im Bundeskanzleramt oder in einem eigenen Transformationsministerium, notwendig ist, dürfen kommunale Freiheiten nicht

eingeschränkt werden, um innovative Ansätze vor Ort zu ermöglichen. Eine zentrale Steuerung darf nicht zur Bevormundung führen.

Wichtig ist, dass Doppelstrukturen vermieden werden, um das „Zuständigkeits-Wirrwarr“ zwischen den Ressorts und den föderalen Ebenen zu beenden.

Forderungen für eine moderne kommunale Selbstverwaltung

- Stärkung der kommunalen Mitsprache bei der Gesetzgebung
- Einrichtung einer „Kommunalkammer“ auf Bundesebene, die bei allen Gesetzen mit kommunalen Auswirkungen angehört wird.
- Frühzeitige Einbindung von kommunalen Spitzenverbänden in Gesetzgebungsprozesse, ähnlich wie die Länder im Bundesrat.
- Einführung einer Grundsicherung für kommunale Haushalte, die unabhängig von Konjunkturzyklen ist.
- Verpflichtung von Bund und Ländern, die finanziellen Folgen neuer Gesetze vollständig zu kompensieren (Konnextitätsprinzip).
- Abschaffung redundanter Berichtspflichten und Einführung eines „One-Stop-Prinzips“ für Fördermittelanträge.
- Digitalisierung der Verwaltung mit einem Fokus auf interkommunale Zusammenarbeit und nutzerfreundliche Bürgerportale.
- Einrichtung eines Innovationsfonds für Kommunen, der Projekte in Bereichen wie Klimaschutz, Integration und Digitalisierung unterstützt.
- Best-Practice-Plattformen für den interkommunalen Austausch erfolgreicher Projekte.

Die Diskussion um Staatsreform und Verwaltungsdigitalisierung muss integrativ geführt werden. Auch kommunale Praktiker*innen gehören an den Tisch, denn nur durch eine enge Verzahnung der föderalen Ebenen kann die Transformation gelingen. Ziel ist eine stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit aller Akteurinnen ohne den Aufbau zusätzlicher Strukturen.

Kommunen als Garant für Demokratie und Bürgernähe

In einer Zeit schwindenden Vertrauens in die Demokratie können Kommunen durch Bürgerorientierung und Transparenz ein positives Gegenbeispiel bieten.

Die kommunale Selbstverwaltung ist nicht nur ein Verwaltungsprinzip, sondern ein demokratisches Kernstück. Sie stärkt nicht nur die demokratische Teilhabe, sondern auch die Akzeptanz staatlicher Strukturen. Kommunen gewährleisten Bürgernähe, Mitsprache und eine dezentrale Machtverteilung. Gerade in einer Zeit, in der Vertrauen in den Staat schwindet, können Kommunen durch Transparenz, Effizienz und Bürgerorientierung ein Vorbild sein. Die nächste Bundesregierung muss deshalb

die Rahmenbedingungen schaffen, die Kommunen in dieser Rolle stärken und weiterentwickeln.

Die Modernisierung des Staates beginnt in den Kommunen – sie sind nicht nur die ausführende, sondern die gestaltende Ebene unseres demokratischen Systems. Darum müssen Kommunen als gleichberechtigte Partner*innen in die Planungen und Ideen um eine Staatsreform einbezogen werden. Ihre Perspektiven und Bedürfnisse sind entscheidend für eine nachhaltige Transformation. Das Zeitfenster ist eng, doch die Weichen müssen jetzt gestellt werden.

Schlussgedanken

Die Modernisierung des Staates erfordert einen klaren politischen Willen und einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Die Rolle der Kommunen als tragende Säulen unserer Demokratie und als Gestalter*innen eines zukunftsfähigen Staates darf dabei nicht länger unterschätzt werden. Was wir brauchen, ist eine Verwaltung, die nicht nur funktioniert, sondern Vertrauen schafft – in die Demokratie, in die Handlungsfähigkeit des Staates und in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Der populistische Ansatz, Bürokratie allein durch „Verschlankung“ zu reformieren, gefährdet rechtsstaatliche Strukturen und damit die Demokratie selbst. Bürokratie ist nicht das Problem, sondern das Fundament für Gerechtigkeit, Transparenz und Rechtsstaatlichkeit. Effizienz darf nicht wichtiger sein als der Schutz unserer Grundwerte. Deshalb müssen wir Strukturen etablieren, die die Wehrhaftigkeit gegen Verfassungsfeinde und Extremismus stärken.

Wir sind überzeugt, dass wir jetzt schnell handeln müssen, um diese Verwaltungstransformation anzugehen. Die Modernisierung der Verwaltung muss in der nächsten Legislatur oberste Priorität haben – sie ist die Grundlage für den Erfolg aller politischen Felder: Ob Sicherheit, Soziales oder Klimaschutz – ohne eine leistungsfähige Verwaltung auch in unseren Kommunen werden diese Herausforderungen nicht umgesetzt werden können.

Das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen wird weiterhin aktiv für die Stärkung der kommunalen Ebene und junger Ideen eintreten. Der Staat der Zukunft beginnt vor Ort – wir müssen jetzt handeln, bevor wir nicht nur die Leistungsfähigkeit, sondern auch das Vertrauen in unsere Demokratie aufs Spiel setzen.

Links zu den drei o.g. Papieren:

Brinkhaus: https://ralph-brinkhaus.de/wp-content/uploads/2024/11/100-Vorschlaege-fuer-den-Neustaat_Ralph-Brinkhaus-MdB.pdf

Spitz, Al Wazir, u.a.: www.malte-spitz.de/wp-content/uploads/2024/11/2024-11-10-Funktionierender-Staat-Staat-fuer-Alle.pdf

Ruhose u.a.: <https://nc-7944662549506403366.nextcloud-ionos.com/index.php/s/rTpRa7WycDDEe48/download/Modernisierungsagenda%20f%C3%BCr%20einen%20zukunftsf%C3%A4higen%20Staat.pdf>